




Ländliche Räume bieten auch Menschen mit Behinderungen interessante Perspektiven

Ländliche Räume bieten auch Menschen mit Behinderungen interessante Perspektiven. Der ländliche Raum hat großes Potenzial, neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu erschließen. Zu diesem Ergebnis kommt ein vom Bundeslandwirtschaftsministerium gefördertes Modellvorhaben, das sich mit der Bedeutung von regionalen Netzwerken für die Integration von behinderten Menschen befasst und daraus einen Leitfaden entwickelt hat. Besonders Menschen mit Behinderung arbeiten oft gerne in der Natur und mit Tieren - während viele Landwirte und Gartenbaubetriebe Personal suchen. Genau hier setzt das Projekt an, damit alle Beteiligten leichter zueinander finden und voneinander profitieren können" sagte Peter Bleser, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, bei einem Besuch im Antoniusheim in Fulda. An drei Modellstandorten in Hessen, Rheinland-Pfalz und Thüringen wurde unter der fachlichen Betreuung der Forschungsanstalt für biologischen Landbau (FiBL) erforscht, wie ländliche Dienstleister, landwirtschaftliche Betriebe und Werkstätten für behinderte Menschen zusammengebracht und so neue Arbeitsmöglichkeiten auch außerhalb des geschützten Bereichs erkannt und erschlossen werden können. Ein solches Arbeitsumfeld ermöglicht die Begegnung mit anderen Menschen, gibt Selbstvertrauen und garantiert ein persönliches Einkommen. In den Modellvorhaben profitierten aber auch die ländlichen Räume, die durch die verwirklichten Projekte gestärkt und belebt wurden und eine höhere regionale Wertschöpfung erzielten. "Das Projekt zeigt deutlich, dass sich auch für ländliche Räume, die bei der sozialen Integration behinderter Menschen Verantwortung übernehmen, neue Impulse für die Entwicklung ergeben", sagte Bleser. Dafür braucht es jedoch regionale Netzwerke, die eine Verbindung zwischen der Zielgruppe und den Arbeitgebern herstellen und die Qualifikation, die Schaffung von Kooperationen, die Betreuung von Behinderten und Arbeitgebern und die Entwicklung neuer Geschäftsideen organisieren und durchführen. Der nun vorgestellte Leitfaden liefert dazu wertvolle Anregungen. "Die soziale Integration behinderter Menschen ist in ländlichen Räumen keine Utopie, sondern eine reale Chance für die Menschen und die Region. Deswegen wurde das Modellvorhaben auch als Maßnahme in den Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention aufgenommen. Das ist ein echter Erfolg", sagte Bleser in Fulda. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) Wilhelmstraße 54 10117 Berlin Deutschland Telefon: 03 0 / 1 85 29 - 0 Telefax: 03 0 / 1 85 29 - 42 62 Mail: poststelle@bmelv.bund.de URL: <http://www.bml.de> 

Pressekontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)

10117 Berlin

bml.de
poststelle@bmelv.bund.de

Mit Organisationserlass des Bundeskanzlers vom 22. Januar 2001 wurde das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) zu einem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) umgebildet. Dem neuen Ministerium wurden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit die Zuständigkeiten für den Verbraucherschutz sowie aus dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die Zuständigkeit für die Verbraucherpolitik übertragen. Darüber hinaus erfolgte die Verlagerung des Bundesinstituts für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärwesen (BgVV) in den Geschäftsbereich des BMVEL. Mit der Umorganisation erhält der vorsorgende Verbraucherschutz in Deutschland einen neuen Stellenwert. Dies soll unter anderem auch durch eine neue Landwirtschaftspolitik zum Ausdruck kommen, die den Erwartungen und Bedürfnissen der Verbraucher Rechnung trägt, ein partnerschaftliches Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern fördert, den Tierschutz weiterentwickelt und den Grundsatz der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft verankert. Da ein großer Teil der Politikbereiche des Ministeriums gemeinschaftsrechtlichen Regelungen unterliegt, besteht die wichtigste Aufgabe des Ministeriums darin, die vielschichtigen Interessen innerhalb Deutschlands zu kanalisieren und als deutsche Interessenlage in den Meinungsbildungs- und Rechtssetzungsprozess der Europäischen Union einzubringen. Darüber hinaus trägt das Ministerium dafür Sorge, dass Gemeinschaftsrecht in Deutschland ordnungsgemäß angewandt werden kann. Zum Geschäftsbereich des Ministeriums zählen - neben dem neu hinzugekommenen BgVV - unter anderem das Bundessortenamt, zehn Bundesforschungsanstalten sowie die Zentralstelle für Agrardokumentation und -information. Darüber hinaus hat das Ministerium die Aufsicht über vier Anstalten des öffentlichen Rechts, darunter die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung.